

Anlage – Einwilligungserklärung



LANDKREIS
GÖPPINGEN

Nachfragende Person: Name, Vorname, Geburtsdatum	Aktenzeichen 41.4_
--	---------------------------

1. Erklärung zur EU-Datenschutz-Grundverordnung:

Das Informationsblatt über die Datenschutz-Grundverordnung habe ich erhalten und zur Kenntnis genommen: (liegt dem Antrag bei oder alternativ zu finden auf der Homepage des Landkreises Göppingen unter Ämter A-Z-Kreissozialamt)

ja nein

2. Erklärung der nachfragenden Person und des Ehegatten/Lebenspartners bzw. der bevollmächtigten Person oder der Betreuerin/des Betreuers:

Ich beauftrage das kontoführende Geldinstitut mit Wirkung ab Beginn der Leistungen, auch meinen Erben gegenüber, überzahlte Beträge der Hilfe gewährenden Stelle zurückzuverweisen, soweit das Guthaben dazu ausreicht. Dieser Auftrag kann nur von mir - jedoch nicht von meinen Erben - bis zum 5. eines jeden Monats für die darauffolgende Zahlung widerrufen werden.

ja nein

3. Einwilligung zur Bekanntgabe des Sozialhilfebescheides an:

Ich gebe hiermit die Einwilligung, dass das Sozialamt folgenden Institutionen Mehrfertigungen aller Bescheide im Zusammenhang mit der Hilfestellung übersendet.
Zur Aufklärung von Sachverhalten über die gesamte Sozialhilfeangelegenheit dürfen sich folgenden Institutionen mit dem Sozialamt gegenseitig austauschen, informieren und Auskünfte erteilen.

Leistungserbringer wie Pflegeheim und ambulante(r) Pflegedienst(e)	ja	nein
Wohngeldbehörde	ja	nein
Kranken- und Pflegeversicherung	ja	nein

4. Einwilligung zur Abfrage beim Grundbuchamt

Ich gebe hiermit die Einwilligung, dass das Sozialamt eine Abfrage beim Grundbuchamt einholt.

ja nein

Hinweis:

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen (§ 60 Abs. 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch, 1. Buch (SGB I)). Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben vollständig und wahr sind. Es ist mir bekannt, dass ich wegen unvollständiger oder unwahrer Angaben strafrechtlich verfolgt werden kann (§ 263 Strafgesetzbuch (StGB)) und zu Unrecht erhaltene Leistungen erstatten muss. Ich bin verpflichtet, unverzüglich und unaufgefordert Änderungen in den Verhältnissen mitzuteilen, die für die Leistung erheblich sind, insbesondere in den Einkommens-, Vermögens-, Familien- und Aufenthaltsverhältnissen (Wohnungswechsel, vorübergehende Abwesenheit - z. B. Krankenhausaufenthalte), auch die von Haushaltsangehörigen (§ 60 Abs. 1 Nr. 2 SGB I).

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------